

# GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen hiermit zum Ende des Jahres 2007 die neue Ausgabe unseres Newsletters „GdF-Aktuell“ zu präsentieren.

In diesem Herbst haben wir mit Anträgen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Schönheitschirurgie wieder Themen eingebracht, die eine Vielzahl von Frauen betrifft. Des Weiteren wurden das Gesetz zum neuen Unterhaltsrecht und das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ verabschiedet. Weitere Informationen in diesem Heft.

In unserer Rubrik „3 Fragen an...“ antwortet diesmal Gerda Hasselfeldt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, auf Seite 2.

Des Weiteren finden Sie in dieser Ausgabe zum letzten Mal die Vorstellung der Mitglieder der Gruppe der Frauen. Mit Andrea Voßhoff, Annette Widmann-Mauz, Elisabeth Winkelmeier-Becker und Dagmar Wöhrl beenden wir die Vorstellungsrunde (in alphabetischer Reihenfolge).

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre

*Ingrid Finckh*

NEUNTE AUSGABE

DES  
GDF-NEWSLETTERS



## Kanzlerin bei Klausurtagung der Gruppe der Frauen

Am 25. November 2007 haben sich die Mitglieder der Gruppe der Frauen zu einer Klausurtagung in Berlin zusammengesetzt. Themen waren sowohl die Situation und Zukunft der Pflegereform, zu der die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, zur Verfügung stand als auch die Diskussion zur Veränderung des Stammzellgesetzes, zu der Forschungsministerin Dr. Annette Schavan referierte. Zum Abschluss stand die Kanzlerin zu aktuellen politischen Themen Rede und Antwort.

## 3 Fragen an...

### Gerda Hasselfeldt MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages



#### 1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Moderne Frauenpolitik spiegelt sich darin wider, dass Frauen dieselben Themenfelder aufgreifen und diskutieren wie Männer. Frauenpolitik auf familienpolitische Themen zu beschränken würde die Realität verfälschen. Frauen nehmen mittlerweile an allen Sparten des Lebens teil. Sie sind mindestens so qualifiziert wie ihre männlichen Kollegen und sie wollen genauso mitmischen und ernst genommen werden wie eben diese. Um das kontinuierlich weiter voranzutreiben und zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen, dafür ist moderne Frauenpolitik da.

#### 2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Echte Wahlfreiheit für junge Familien ist das entscheidende Merkmal einer modernen Familienpolitik. Politik kann und darf jungen Familien nicht vorschreiben, wie sie ihre Familie und ihren Beruf zu organisieren haben. Junge Mütter oder Väter, die sich zu Hause persönlich um ihre Kinder kümmern, müssen genauso ernst genommen und unterstützt werden, wie diejenigen, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Um aber Wahlfreiheit erst einmal gewährleisten zu können, muss das vorrangige Ziel die Bereitstellung von ausreichenden Betreuungsplätzen sein. Mit der Offensive zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze bis zum Jahr 2013 hat die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen die Weichen richtig gestellt.

#### 3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Von der Gruppe der Frauen wünsche ich mir, dass auch künftig die Frauen im Deutschen Bundestag und in der CDU/CSU-Fraktion im Besonderen eine gewichtige Rolle einnehmen. Frauen bereichern die Politik auf allen Ebenen, das wollen wir auch weiter mit Nachdruck unter Beweis stellen.

## Finanzierung zum Ausbau der Kinderbetreuung sichergestellt

In zweiter und dritter Lesung wurde am 25. Oktober 2007 im Bundestag das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetrieuungsausbau“ beraten. Mit dem Kinderbetrieuungsfinanzierungsgesetz (KBFG) wird in 2007 ein Sondervermögen errichtet, das an die Länder Finanzhilfen für Investitionen zum Ausbau der Kinderbetrieuung für unter Dreijährige gewähren soll. Der Bund stellt 2,15 Milliarden Euro für Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs-, Modernisierungs- und Ausstattungsmaßnahmen in Einrichtungen und für die Kindertagespflege zur Verfügung. Die Gewährung der Finanzhilfen wird durch gesonderte Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern geregelt. In diesem Zusammenhang wurde außerdem in erster Lesung das Nachtragshaushaltsgesetz 2007 beraten, das die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schafft, um das Sondervermögen des Bundes zum Kinderbetrieuungsausbau auszustatten.

## >>> VORSTELLUNG DER MITGLIEDER DER GRUPPE DER FRAUEN

**Name:** Voßhoff, Andrea Astrid  
**Geburtsdatum:** 31.07.1958  
**Landesgruppe:** Brandenburg  
**Wahlkreis:** Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I – Havelland III - Teltow-Fläming I (60)  
**Funktion:** Stellvertretende Vorsitzende PKM  
**Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:**  
- Rechtsausschuss  
- Richterwahlausschuss  
**Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:**  
- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
- Unterausschuss Europarecht  
- Föderalismusreform II  
**Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:**  
- Handels- und Gesellschaftsrecht  
- Bürokratieabbau  
- Reform Berufsgenossenschaft



**Name:** Widmann-Mauz, Annette  
**Geburtsdatum:** 13.06.1966  
**Landesgruppe:** Baden-Württemberg  
**Wahlkreis:** Tübingen (291)  
**Funktion:**  
- Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
- Mitglied im Fraktionsvorstand  
- Landesvorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg  
- Stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Baden- Württemberg  
**Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:**  
- Gesundheit  
**Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:**  
- Finanzen  
**Schwerpunkthemen / Berichterstattungen**  
Gesundheits- und Sozialpolitik, Frauenpolitik



**Name:** Winkelmeier-Becker, Elisabeth  
**Geburtsdatum:** 15.09.1962  
**Landesgruppe:** NRW  
**Wahlkreis:** Rhein-Sieg 1 (98)  
**Funktion:** MdB  
**Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:**  
- Familie, Senioren, Frauen, Jugend  
- Unterausschuss Ehrenamt  
- Nachhaltigkeitsbeirat  
**Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:**  
- Arbeit und Soziales  
- Recht  
- Kinderkommission  
**Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:**  
- Familienkasse, Familienverfahrensrecht, Lebenspartnerschaft, Chancengleichheit in der Bildung



**Name:** Dagmar Wöhrl  
**Geburtsdatum:** 05. Mai 1954  
**Landesgruppe:** Bayern  
**Wahlkreis:** Nürnberg-Nord (245)  
**Funktionen:** Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie  
Koordinatorin der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft  
**Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:**  
- Wirtschaft und Technologie  
**Stellvertretendes Mitglied:**  
- Haushalt  
**Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:**  
- Hightech-Strategie für Deutschland, Technologieförderung, Kulturwirtschaft



## Neues Unterhaltsrecht stärkt Interessen der Kinder und wahrt besondere Stellung der Ehe

Von Ute Granold MdB

Die gesellschaftliche Realität von Ehe und Familie hat sich in den vergangenen Jahren, vor allem im großstädtischen Bereich, erheblich verändert. Eine nachhaltige und verantwortungsvolle Familienrechtspolitik muss sich sowohl den gesellschaftlichen Veränderungen als auch den gewandelten Wertvorstellungen stellen. Leitlinien einer solchen Politik müssen zum einen die verfassungsrechtlich gebotene Gleichberechtigung von ehelichen und nichtehelichen Kindern und zum anderen der durch unsere Verfassung garantierte besondere Schutz der Ehe sein. Entgegen eines weit verbreiteten Irrtums wird durch das neue Unterhaltsrecht keineswegs einer Gleichstellung von Ehe und nichtehelicher Lebensgemeinschaft Vorschub geleistet. Vielmehr wird in Bezug auf das Verfassungsgebot der Gleichbehandlung ehelicher und nichtehelicher Kinder lediglich die Zahlung von Betreuungsunterhalt in Dauer, Höhe und im Fall der mangelnden Zahlungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten nunmehr gleich geregelt. Dies war auch eine ausdrückliche Forderung des Bundesverfassungsgerichtes.

Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt der Reform. Künftig hat daher im Mangelfall der Kindesunterhalt Vorrang vor allen anderen Unterhaltsansprüchen, da ihnen am wenigsten zuzumuten ist, auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen zu sein. Im zweiten Rang finden sich dann alle kinderbetreuenden Elternteile. Durch diese Neuregelung werden alle Elternteile gleichbehandelt, sofern sie ein Kind betreuen. Ebenso schutzbedürftig wie die kinderbetreuenden Elternteile sind aber auch die weiteren Unterhaltsansprüche der Ehegatten bei längerer Ehedauer. Auch diese finden sich daher im zweiten Rang. Dies gewährleistet den Schutz „traditioneller“ Familienformen. Ein weiteres Ziel der Reform ist, die bisherige Benachteiligung der nicht-ehelichen Kinder in der Frage des Betreuungsunterhaltes abzubauen. Bereits der auf Drängen der Union im Frühjahr 2007 gefundene Kompromiss hatte vorgesehen, die Dauer des Betreuungsunterhaltes weitgehend anzupassen. Daher erhalten sowohl geschiedene als auch nicht verheiratete Mütter in Zukunft mindestens drei Jahre lang Unterhalt für die Betreuung eines gemeinsamen Kindes. Eine Verlängerung ist aber in beiden Fällen möglich, wenn dies der Billigkeit entspreche. Dabei ist von den Gerichten bei geschiedenen Müttern insbesondere die naheheliche Solidarität zu berücksichtigen. Neben diesen beiden Kernfragen haben wir mit der Reform aber auch weitere wichtige Schritte zur Vereinfachung des Unterhaltsrechts unternommen - etwa die gesetzliche Definition des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder, die Neuregelung der Kindergeldverrechnung, die Aufhebung der Regelbetrag-Verordnung und die Konzentration der Vorschriften zur Begrenzung des nahehelichen Unterhalts auf eine Norm. Das sind nur einige der Punkte, die dazu beitragen werden, die Familiengerichte und Jugendbehörden nach dem Inkrafttreten der Reform zum 1.1.2008 in ihrer Arbeit deutlich zu entlasten.

## Fischbach: Integration von Frauen durch Bildung befördern

Anlässlich des Internationalen Symposiums „Integration durch Bildung im 21. Jahrhundert - eine Herausforderung für Public-Private-Partnerships“ am 16. und 17. Oktober 2007 in Berlin erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Die auf dem Symposium vorgestellte Milieustudie „Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ hat eindrücklich gezeigt: Der Integrationsgrad von Migrantinnen und Migranten ist wesentlich von ihrem Bildungsniveau abhängig. Und obwohl die meisten Migranten-Milieus um Integration bemüht sind, gelten für Mädchen und Frauen aus bestimmten Migranten-Milieus noch immer eigene Regeln: Schülerinnen dürfen an Klassenfahrten oder am Sportunterricht nicht teilnehmen, Mädchen unterliegen besonderen Verhaltensvorschriften, Frauen werden am Erlernen der deutschen Sprache gehindert und in ihren Kontakten eingeschränkt. Manche Mädchen und Frauen erleben Gewalt in der Familie bis hin zu Zwangsverheiratungen.

Gemeinsames Ziel von Politik und Gesellschaft muss es daher sein, Migrantinnen und Migranten an Bildung heranzuführen. Erfolgreiche Integrationspolitik sieht eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund. Es sind gerade Frauen, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Deshalb müssen wir gemeinsam ihre Potenziale stärken und ihre Möglichkeiten zur sozialen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe verbessern.

## Fischbach: Frauenkarrieren durch Unternehmenspolitik unterstützen

Anlässlich der norwegisch-deutschen Tagung zu Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit in der Unternehmenspolitik am 15. Oktober 2007 erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Frauen im Berufsleben sollten ein wichtiger Faktor unserer Wirtschaft sein. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die weibliche Beschäftigungsquote in Deutschland sinkt mit steigender Kinderzahl. Der Frauenanteil im Topmanagement der großen börsennotierten Unternehmen liegt in Deutschland bei nur 12 Prozent. In der obersten Führungsetage der deutschen DAX-Unternehmen findet sich keine einzige Frau.

Dass die Luft für Frauen in den Chefetagen so dünn ist, liegt vor allem am weiblichen „Karriereknick“. Für viele Frauen bedeutet eine Kinderpause einen Bruch in der beruflichen Karriereleiter. Arbeitgeber müssen für mehr Flexibilität sorgen und weiblichen Spitzenführungskräften familienfreundlichere Modelle anbieten. Ihnen droht sonst der Verlust des Potentials vieler hochqualifizierter Frauen.

Dass auch deutsche Unternehmen die Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe als positiven Faktor erkannt haben und nutzen wollen, hat die Tagung eindrücklich gezeigt. Nun gilt es, durch familienfreundliche Modelle und die gezielte Förderung von Frauen die Unternehmenspolitik anzupassen und die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern.

27. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU

## Frauen gestalten Zukunft

Auf dem 27. Bundesdelegiertentag der Frauen Union in Braunschweig wurde Maria Böhmer mit großer Mehrheit in ihrem Amt als Vorsitzende der Frauen Union (FU) der CDU bestätigt. 95 Prozent der rund 400 Delegierten stimmten für Böhmer, die die FU seit 2001 führt.

Der Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands stand unter dem Motto: "Frauen gestalten Zukunft - Deutschland im demografischen Wandel." In ihrem Beschluss fordern die Delegierten angesichts des demografischen Wandels eine familienfreundliche Arbeitswelt, ein modernes Männerbild, mehr Bildung und ein besseres Zusammenleben der Generationen. Die Integration von Menschen aus Zuwandererfamilien sei eine der großen Herausforderungen für Deutschland. Grundlage für das Gelingen der Integration seien Deutschkenntnisse - Bildung und Ausbildung seien der Schlüssel dazu.

Rückendeckung für ihre Forderungen erhielten die Delegierten von Bundeskanzlerin Angela Merkel. In ihrer fast einstündigen, begeistert aufgenommenen Rede richtete sie einen besonderen Dank an Maria Böhmer, die nicht nur als Vorsitzende der Frauen Union gute Arbeit leiste, sondern sich auch als Staatsministerin im Kanzleramt erfolgreich für die Integration von Zuwandererfamilien einsetze. Mit dem Nationalen Integrationsplan sei man auf einem guten Weg.

Die Entwicklung des Frauenanteils in der Politik sei im Gegensatz zur Wirtschaft richtungweisend, hob die Kanzlerin hervor. In der CDU habe sich das innerparteiliche Frauenquorum bewährt. Im Parteivorstand gebe es mehr Beisitzerinnen als Beisitzer, sagte die Parteivorsitzende. Aber mit dem derzeitigen Anteil der weiblichen CDU-Mitglieder dürfe man sich nicht zufrieden geben. "25 Prozent Frauen in unserer Partei - das ist zu wenig." In vielen Gremien der CDU sei der durch das parteiinterne Quorum vorgeschriebene Drittelanteil von Frauen immer noch nicht erreicht.

Für junge Frauen forderte die Kanzlerin Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und Kindererziehung. "Ich will nicht, dass es in der einen oder der anderen Richtung Druck gibt, wie die Frauen sich zu verhalten haben", sagte sie. Zugleich bemerkte sie kritisch, dass viele Mütter während der ersten Lebensjahre ihres Kindes auch den Grundstein für ihre Karriere legen müssten: "Es krallt sich alles zusammen in wenigen Jahren für die jungen Familien", sagte Merkel.

Nach den Worten von Maria Böhmer verkörpere niemand den Erfolg von Frauen in Politik und Gesellschaft so wie die Kanzlerin. Mit der aktuellen Handreichung zur Umsetzung des Quorums, der Einrichtung einer Beschwerdestelle, der gemeinsamen Zielgruppenkampagne für Frauen von FU und CDU und dem Mentoring-Programm der FU seien wichtige Maßnahmen ergriffen worden, mit denen auf die Frauen zugegangen werde. Ihr Dank galt dabei auch dem Generalsekretär der CDU Ronald Pofalla, der das Thema offensiv vorantreibe.

"Wer Wahlen gewinnen will, muss Frauen gewinnen", sagte Maria Böhmer weiter. "Wir wollen Architektinnen der Gesellschaft von morgen sein! Der demografische Wandel zwingt uns umzudenken. Wir brauchen ein neues Rollenverständnis. Frauen und Männer definieren ihre Identität neu. Hier liegt die Chance, Zukunft partnerschaftlich zu gestalten."

## Mehr Sicherheit bei Schönheitsoperationen

Von Gitta Connemann MdB

Der Wunsch nach maßgeschneiderter Schönheit wächst. In Deutschland werden jährlich zwischen 500.000 und eine Million ästhetische Eingriffe durchgeführt, ohne dass diese medizinisch bedingt wären. Diese so genannten Schönheitsoperationen können mit vielen gesundheitlichen Risiken für die Patientinnen und Patienten verbunden, trotzdem fehlt es an gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Patienten, die in etwa 80 Prozent Frauen sind.

Problematisch ist, dass auch die Zahl der schönheitschirurgischen Eingriffe an Jugendlichen unter 20 Jahren zunimmt. Kinder und Jugendliche wollen aussehen wie ihre Vorbilder in Film und Fernsehen. Die Eltern müssen zwar einwilligen, stehen aber häufig dem Druck hilflos gegenüber. Denn auch Medien suggerieren, dass Schönheit ein Garant für Erfolg und Glück sei.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag (BT-Drs. 16/6779) in den Deutschen Bundestag eingebracht, der besonderes Augenmerk auf diese Problematik legt und in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Verbote von medizinisch nicht indizierten Schönheitsoperationen bei Jugendlichen und Kindern zu prüfen. Daneben sollen sowohl ein hoher Ausbildungsstandard als auch umfangreiche ärztliche Weiterbildungen Voraussetzung für die Durchführung schönheitschirurgischer Eingriffe sein. Zur Absicherung der Patientinnen und Patienten im Fall von Komplikationen oder Folgeerkrankungen ist eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung des vornehmenden Arztes unerlässlich, denn die GKV zahlt die Folgen missglückter Schönheitsoperationen nicht.

## Familienfreundlichste Unternehmen gesucht

Deutschland sucht die familienfreundlichsten Unternehmen. Durch den Wettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2008 – Deutschlands familienfreundlichstes Unternehmen gesucht“ wird die Bedeutung des Themas für Wirtschaft und Gesellschaft deutlich. Frauen im Berufsleben sind ein wichtiger Faktor unserer Wirtschaft. Noch immer bestehen aber Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weshalb Frauen häufig auch geringere Karrierechancen haben als Männer. Für viele Frauen bedeutet eine Kinderpause einen Bruch in der beruflichen Karriereleiter. Gerade bei der Schaffung familienfreundlicher Strukturen in Betrieben sind Initiativen und Angebote der Wirtschaft dringend erforderlich, beispielsweise durch Teilzeitangebote oder Telearbeitsplätze. Die Situation von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigt das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich auf: Die weibliche Beschäftigungsquote in Deutschland sinkt mit steigender Kinderzahl.

Für die Unternehmen lohnt sich eine Teilnahme am Wettbewerb gleich doppelt: Familienfreundlichkeit rechnet sich – für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Unternehmen selbst. Gesellschaftspolitisch, aber auch betriebswirtschaftlich sind familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen ein Gewinn. Daneben bietet eine Teilnahme die Möglichkeit, öffentlichwirksam auf familienfreundliches Engagement aufmerksam zu machen.

Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2007.

Weitere Informationen unter [www.erfolgsfaktor-familie.de](http://www.erfolgsfaktor-familie.de)

## Zitat des Monats

DFB-Präsident Theo Zwanziger am 30. Oktober in einem ARD-Interview nach der Vergabe der Frauenfußball-WM 2011 an Deutschland:

-----  
"Wir müssen den Mädchen sagen: Der Ball ist nicht nur für die Jungs da. Er kann auch euch Freude machen."

## - TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

**Donnerstag, 13. Dezember 2007, 13.15 Uhr:**

Gespräch mit der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ilse Falk zum Thema „Privathaushalte als Arbeitgeber“ sowie Bericht der Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, über ihre Türkeireise

-----  
**Donnerstag, 17. Januar 2008, 8.00 bis 9.00 Uhr:**

Gemeinsames Neujahrsfrühstück der Gruppe der Frauen

-----  
**Donnerstag, 24. Januar 2008, 13.15 Uhr:**

BE Ute Granold MdB zu frauenpolitischen Themen aus dem Rechtsausschuss (FGG-Reform, Reform des ehelichen Güterrechts, Reform des Versorgungsausgleichs)

## Frauen-Fußball-WM 2011 in Deutschland

Die deutschen Fußball-Frauen haben geschafft, was den Männern im letzten Jahr nicht vergönnt war: sie haben in China den Weltmeistertitel geholt. Jetzt kommt mit ihnen auch die nächste Weltmeisterschaft 2011 nach Deutschland – und beschert uns damit hoffentlich ein neues „Sommermärchen“.

Nicht zuletzt mit ihren hervorragenden Leistungen hat die Nationalmannschaft das Interesse beim DFB und den Fans auch für Frauen-Fußball geweckt, der mit der Ausrichtung der nächsten WM endgültig aus dem Schatten des großen Bruders Männer-Fußball hervortritt. Ein Schritt, den es auch in vielen anderen sportlichen Disziplinen noch bedarf.

Bis 2011 ist es Zeit, uns auf die vielen starken Fußball-Frauen und Fans aus aller Welt vorzubereiten. Hoffen wir, dass mit Ihnen auch ein Wind der Gleichberechtigung von Frauen im Sport in unsere Gesellschaft weht – und drücken wir der deutschen Nationalmannschaft fest die Daumen!

## IMPRESSUM

Herausgeber  
Dr. Norbert Röttgen MdB  
Hartmut Koschyk MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ingrid Fischbach MdB  
Redaktion: Miriam Rado  
(verantwortl.)  
Telefon (030) 227 58957  
Telefax (030) 227 56093  
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de  
www.cducsu.de/gdf